

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller\*in: Kreisverband Berlin - Reinickendorf  
Beschlussdatum: 07.01.2025

## Änderungsantrag zu WP-01-K3

### **Von Zeile 405 bis 409:**

~~Selbstbestimmung über den eigenen Körper setzt ein geschlechtergerechtes Gesundheitssystem voraus: Forschung, Ausbildung und medizinische Praxis müssen geschlechtsspezifische Aspekte zur Verbesserung der Frauengesundheit zwingend berücksichtigen. Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und bessere Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.~~

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen über ihren eigenen Körper selbstbestimmt verfügen können und dabei eine gerechte und hochwertige Gesundheitsversorgung erhalten. Für Frauen und INTA\*-Personen (inter, nicht-binäre, trans und agender Personen) bleibt dieses Recht häufig unzureichend verwirklicht, da ihre spezifischen Bedürfnisse zu oft ignoriert oder falsch adressiert werden. Um eine gleichberechtigte Versorgung sicherzustellen, wollen wir die Strukturen im Gesundheitswesen umfassend anpassen.

Wir setzen uns für gezielte Investitionen in geschlechtsspezifische Forschung ein. Frauenspezifische Erkrankungen wie Endometriose, PMS, Lipödem und die hormonellen Veränderungen der Menopause müssen besser erforscht werden. Zudem müssen geschlechtsspezifische Unterschiede bei allgemeinen Erkrankungen wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen stärker berücksichtigt werden. Die Bundesregierung soll Förderprogramme in diesen Bereichen auflegen, um Versorgungslücken zu schließen.

Wir fordern, dass gesundheitliche Daten differenziert nach Geschlecht, Gender, sexueller Orientierung und Ethnie erfasst werden. Nur so können die Bedarfe von Frauen und INTA\*-Personen erkannt und zielgerichtete Maßnahmen entwickelt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass geschlechts- und genderspezifische Unterschiede in der medizinischen Ausbildung und Praxis stärker berücksichtigt werden. Leitlinien müssen entsprechend angepasst und Regelleistungen der Krankenkassen um spezifische Präventions- und Heilungsmaßnahmen ergänzt werden. Dazu gehören etwa Brustultraschalluntersuchungen zur Krebsprävention. Gleichzeitig fordern wir, dass Mehrfachdiskriminierungen, die viele Frauen und INTA\*-Personen betreffen, bei medizinischen Leitlinien stärker berücksichtigt werden.

Wir wollen Innovationen fördern und setzen uns dafür ein, dass Unternehmen durch steuerliche Anreize motiviert werden, in gendergerechte Gesundheitslösungen zu investieren. Fortschritt im Gesundheitswesen darf niemanden ausschließen.

Wir setzen uns für geschlechtergerechte Arbeitsbedingungen ein. Arbeitgeber sollen verpflichtet werden, flexible Arbeitszeitmodelle und Gesundheitsprogramme

zu entwickeln, die die Bedürfnisse von Frauen und INTA\*-Personen berücksichtigen. Gesetzliche Maßnahmen sollen diese Entwicklungen unterstützen.

Menschen mit Kinderwunsch und Schwangere müssen umfassende Unterstützung erhalten. Dazu braucht es zugängliche medizinische, psychologische und soziale Angebote. Wir setzen uns dafür ein, das Elterngeld fair und unabhängig vom Einkommen zu gestalten. Außerdem muss das Mutterschutzgesetz auch für Betroffene nach Fehlgeburten vor der 24. Schwangerschaftswoche gelten. Eine systematische Erfassung von Fehlgeburten ist notwendig, um die Nachsorge zu verbessern und Betroffene besser zu unterstützen. Gewaltfreie Geburten müssen der Standard in Deutschland sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Hebammen und Geburtskliniken bessere Arbeitsbedingungen erhalten, um eine würdevolle und sichere Geburtshilfe zu gewährleisten. Gewalt und Missachtung dürfen in der Geburtshilfe keinen Platz haben.

Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und bessere Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.

Mit diesen Maßnahmen setzen wir uns für ein gerechtes und geschlechtergerechtes Gesundheitssystem ein, das die Bedürfnisse von Frauen und INTA\*-Personen sichtbar macht, ihre Selbstbestimmung stärkt und niemanden zurücklässt.

Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und bessere Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.